

Im Zangengriff: Feministisches Wissen in Zeiten von Anti-Genderismus, Wissenschaftsfeindlichkeit und universitärer Exzellenzpolitik

Johanna Hofbauer und Katharina Kreissl

Abstract

In unserem Beitrag setzen wir uns mit den aktuellen Bedingungen und Auswirkungen der Marginalisierung feministischer Forschung in einer Zeit von populistischen Diskursverschiebungen auseinander. Unsere Analyse zeigt sowohl rechte und rechtskonservative Angriffe auf die Wissenschaft als auch Entwicklungen innerhalb des Wissenschaftsbetriebs, wie die Quantifizierung von Forschungsleistungen, und Aspekte jüngerer Universitätsreformen, die pluralistische Forschung und Innovation gefährden. Wichtige Voraussetzungen für die Glaubwürdigkeit von Wissenschaft, so unsere These, sind sowohl Vielfalt in Forschungszugängen und -inhalten als auch Räume für eine kritische Auseinandersetzung mit bestehenden (Macht-)Verhältnissen.

Einleitung

Die Initiative der niederösterreichischen ÖVP-FPÖ-Landesregierung zur Abschaffung von geschlechtergerechter Sprache im Sommer 2023 hat nicht nur in Österreich ein erhebliches Medienecho gefunden. Auch die Süddeutsche Zeitung widmet dem Thema einen Beitrag und fragt im Titel unverblümt: „Sp*innen die?“ (Kahlweit 2023). Rosa Ecker, freiheitliche Frauen- und Familiensprecherin, rechtfertigt den sprachpolitischen Backlash mit der Partei-Doktrin „Das Ohr voll und ganz beim Volk“. Diese Begründung bringt auf den Punkt, worum es der Politik geht: Nicht allein um die Ablehnung geschlechtergerechter Sprache, sondern auch um die Ablehnung jener wissenschaftlichen Forschung, die eine geschlechtergerechte Weiterentwicklung der Sprache empfiehlt. So finden Wissenschaftsfeindlichkeit und Anti-Genderismus zusammen: Wissenschaftler*innen betonen, dass Sprache das Denken strukturiert, Einstellungen formt und Handeln beeinflusst. Diese Erkenntnis veranlasste unter anderem politische Vorgänger*innen dazu, geschlechtergerechte Sprache als wesentlichen Bestandteil von Gleichstellungspolitik zu implementieren. Rechte und Rechtskonservative meinen aber, „das Volk“ denke anders über die Bedeutung von Sprache, sehe sich etwa verunsichert oder gar bedroht von nicht-essentialistischen Genderkonzepten, die Ausdruck finden in Schreibweisen wie Binnen-I und Gender-Stern. Sie schaffen daher ab, was „dem Volk“ – vermeintlich – nicht passt, auf Grundlage von vermuteten oder gegebenen Ressentiments und in bewusster Opposition zu wissenschaftlichen Erkenntnissen.

Die Diskursverschiebung in Richtung Wissenschaftsfeindlichkeit, Anti-Genderismus und Anti-Feminismus stellt eine Gefahr für die liberale Demokratie und die Gleichstellungspolitik dar. Laut Eurobarometer-Studie gehört Österreich zu jenen Ländern,

deren Bevölkerungen eine besonders geringe Meinung von Wissenschaft und wissenschaftlichen Expert*innen haben (Taschwer 2021). Wissenschaftsfeindlichkeit scheint daher eine Befindlichkeit, die in Österreich politisch leicht bedient werden kann. In populistischer Absicht spielt man den „normalen Hausverstand“ gegen das „elitäre Denken“ der Wissenschaft aus. Umgekehrt besteht die Gefahr, dass man einer politischen Bewegung, die sich Wissenschaftsfeindlichkeit an die Fahnen heftet, mit Argumenten und wissenschaftlicher Evidenz schwer beikommen kann – vor allem nicht mit Argumenten der von dieser Politik heftig angefeindeten Genderforschung.

Gleichermaßen alarmierend ist der Backlash in gleichstellungspolitischer Hinsicht. Gleichstellung hat zwar Verfassungsrang in Österreich, gegen hartnäckige strukturelle Probleme, wie das System geschlechterspezifischer Arbeitsteilung, die unzureichende Partizipation von Frauen am Arbeitsmarkt, den Gender Pay Gap und den damit einhergehenden Gender Pension Gap, richten beispielsweise rechtliche Diskriminierungsverbote aber wenig aus. Bemerkenswert ist, wie rechtskonservative Kräfte Gleichstellungsdefizite umdeuten, ein positives Framing von weiblicher Hausarbeit betreiben (ÖVP-FPÖ in Salzburg) und damit den Status quo von Frauen-Teilzeitarbeit legitimieren. Sie geben die Verteidigung individueller Wahlmöglichkeiten von Frauen vor, um von dringenden Maßnahmen gegen die strukturelle Benachteiligung, wie ausreichende Kinderbetreuung und existenzsichernde Erwerbschancen für Frauen abzulenken. So dreht man das Rad der Zeit zurück, vor die Geschichte der hart erkämpften Frauenrechte und emanzipatorischen Gleichstellungspolitik, und ignoriert die einschlägige Expertise feministischer Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.

Feministische Forschung erfährt nicht nur Ablehnung in bestimmten politischen Milieus. Auch innerhalb der Wissenschaft kommt es zu Marginalisierungsprozessen. Das geschieht weniger offensichtlich, und vor allem mit weniger drastischen Worten. An Universitäten beklagt man etwa nicht den angeblichen „Gender-Wahn/sinn“¹, bis heute verdächtigt man aber Geschlechterforscher*innen, einer „Gender-Ideologie“ anzuhängen (Rothermel 2023). Die Zuschreibung eines „ideologischen Denkens“ bedeutet die Aberkennung von Wissenschaftlichkeit. Mainstream-Positionen bringen damit zum Ausdruck, dass feministische Expertise nicht zum Kern gehört, sondern am Rand des Wissenschaftsfelds anzusiedeln ist, beziehungsweise an der Grenze zum Feld der Politik. Dort steht nicht die für das Wissenschaftsfeld kennzeichnende „Wahrheitssuche“ im Mittelpunkt. Im Feld der Politik geht es um „Macht“ und „Interessen“. Ein Mainstream, der sich am Ideal „objektiver Wahrheitsfindung“ orientiert, grenzt Forschungszugänge aus, die ihre Standortgebundenheit bzw. Einbettung in gesellschaftliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse reflektieren bzw. jene Verhältnisse zum Thema machen. Das ist – zumindest – einer der Gründe für die Marginalisierung feministischer Forschung.

In unserem Beitrag konzentrieren wir uns auf Bedingungen und Auswirkungen der Marginalisierung heute, in Zeiten populistischer Diskursverschiebungen. Unsere Argumentation geht in zwei Richtungen. Wir verteidigen zum einen die Wissenschaft gegenüber populistischen, rechten und konservativen Anfeindungen. Zum anderen setzen wir uns kritisch mit Entwicklungen im Wissenschaftsfeld selbst auseinander, nämlich mit den jüngeren Universitätsreformen und internationalen Trends wie beispielsweise der Quantifizierung von Forschungsleistungen, die zur Marginalisierung von alternativer, gesellschaftskritischer Forschung beizutragen scheinen. Wir beobachten Tenden-

zen einer zunehmenden Gleichförmigkeit und Marktkompatibilität von Forschungs- und Publikationsleistungen, die mit Sorge erfüllen muss, vor allem vor dem Hintergrund einer bewusst betriebenen Erosion und Destabilisierung von Vertrauen in wissenschaftliche Legitimität. Für die Glaubwürdigkeit von Wissenschaft, so unsere These, sind sowohl Vielfalt in Forschungszugängen und -inhalten, als auch Räume für eine kritische Auseinandersetzung mit bestehenden (Macht-)Verhältnissen wichtige Voraussetzungen.

Universitäten und universitätspolitische Gestaltung spielen für unsere Argumentation also eine zentrale Rolle. Wir gehen davon aus, dass Universitäten die moderne Wissensgesellschaft repräsentieren. Sie stehen für humanistische und liberale Werte, und sind definitionsgemäß Orte der gesellschaftlichen Auseinandersetzung nach vereinbarten Spielregeln. So können Universitäten gerade heute eine zentrale Rolle übernehmen, da wir mit wissenschaftsfeindlichen, anti-demokratischen und anti-feministischen Kräften konfrontiert sind. Universitäten haben in den letzten zwei bis drei Jahrzehnten aber einen fundamentalen Umbau erfahren. Im Zuge neoliberaler Reformmaßnahmen wurden sie angehalten, unternehmerischer zu handeln und einen Kurs der Exzellenzpolitik zu fahren. Dieser Wandel in Richtung Ökonomisierung der Wissenschaft schränkt nach Einschätzung kritischer Beobachter*innen die Wissenschaftsfreiheit ein und wirkt sich insgesamt negativ auf Wissenschaftsarbeit aus. Auch zeigt sich, dass Exzellenzpolitik im Zeichen neoliberaler Universitätsreformen die Mainstream-Forschung bestärken und zur Marginalisierung alternativer, kritischer Forschung beiträgt. Dabei wäre die Integration feministischer und gleichstellungspolitischer Perspektiven in den wissenschaftlichen Mainstream ganz entscheidend, um die Legitimität von emanzipatorischer Gesellschaftspolitik zu stärken und rechtskonservative Angriffe auf feministische und gleichstellungspolitische Positionen, wie wir sie heute erleben, erfolgreich abzuwehren.

Universitätsreformen: Exzellenz in der unternehmerischen Universität

Das österreichische Universitätssystem unterliegt bereits seit mehreren Jahrzehnten einem andauernden Reformprozess. Die Implementation eines neuen Universitätsgesetzes Anfang der 2000er Jahre bedeutete einen besonderen Einschnitt, weil hiermit grundlegende Veränderungen der Steuerungsstrukturen vorgenommen wurden. Diese lassen den Einfluss von Initiativen auf EU-Ebene erkennen, insbesondere der Bologna-Reform und der angestrebten Bildung eines Europäischen Forschungsraums (European Research Area-ERA). Beide Entwicklungen reagieren auf den sogenannten „Kampf um die besten Köpfe“, die treibende Kraft hinter dieser exzellenzpolitischen Ausrichtung ist der globale Wettbewerb. Durch größtmögliche Ausschöpfung des Forschungs- und Innovationspotenzials will man die Konkurrenzfähigkeit Europas in der Welt steigern (vgl. Hofbauer/Wroblewski 2015: 7ff.).

In den hochschulpolitischen Steuerungszielen der österreichischen Universitätsreform 2002 spiegelt sich die exzellenzpolitische Agenda wider. Einschlägige Debatten zur Reform wiederholen die Forderung, Österreichs Universitäten müssten sich dringend verändern, um im nationalen und internationalen Wettbewerb aufzuholen (Kreissl et al. 2013). Aus Bürokratien und Elfenbeintürmen sollen unternehmerisch agierende,

markttaugliche Institutionen werden. Die Einführung von Methoden des New Public Managements bedeutete einen wichtigen Schritt in diese Richtung. Universitäten handelten nach dem Grundsatz „If you can't measure it, you can't manage.“ (Messner et al. 2007: 87). Sie implementierten umfassende Controlling-Systeme, die zum einen administrative Abläufe detailliert erfassen und eine kostenbewusstere Gebarung und transparentere Verwendung öffentlicher Gelder ermöglichen sollten. Zum anderen machte man sich daran, Wissenschaftsarbeit umfänglich zu registrieren. Publikationen, Lehrqualität, Drittmittelanteil, Medienpräsenz – heute werden nahezu alle Bereiche von Wissenschaftsarbeit bibliometrisch abgebildet (Hark/Hofbauer 2018).

Die umfassende Vermessung ist im Lichte einer Besonderheit des Organisationstyps „Universität“ und ihres exzellenzpolitischen Auftrags zu sehen, die sich auch in anderen auf Wissens- und Kreativarbeit basierten Organisationen wiederfindet. Die Universität ist angewiesen auf Leistungen, die Mitglieder freiwillig erbringen. Streng genommen lässt sich Wissenschaftsarbeit nicht direkt steuern. Kognitive Arbeit, Ideenfindung, kreative Prozesse, pädagogisches Engagement können nicht von oben angeordnet oder erzwungen werden². Die Organisation Universität kann aber durch die Gestaltung der Rahmenbedingungen und Anreizsysteme indirekt Einfluss nehmen. Für die unternehmerische Universität spielt die umfassende Vermessung von Abläufen und Leistungen tatsächlich eine zentrale Rolle. Exzellenzpolitik in einer globalisierten Wissensökonomie ist nur möglich, wenn der in vielerlei Hinsicht vage und interpretationsbedürftige Begriff „Exzellenz“ in die universal verständliche Sprache der Zahlen übersetzt wird. Erst metrische Kodierung ermöglicht es, Leistungen im schier grenzenlosen Maßstab zu vergleichen, zu reihen, in Tabellen abzubilden und als Indikatoren komprimiert darzustellen (Espeland et al. 2008: 415). Die objektivierende Darstellung von akademischer Leistung wird daher legitimes Steuerungsinstrument der unternehmerischen Universität, zudem scheint sie der Versachlichung von Entscheidungen förderlich.

Die Idee der Versachlichung von Entscheidungen auf Basis metrischer Indikatoren beruht freilich auf einer Fiktion – auf der Vorstellung nämlich, Daten präsentierten ein getreues Abbild der Wirklichkeit (Heintz 2007: 78). Tatsächlich zeigen sie nicht „die Wirklichkeit“ bzw. „die Leistung“, sondern deren Konstruktion. Alle Daten, die an Universitäten gesammelt werden, sind Ergebnis von impliziten oder expliziten Verhandlungen darüber, welche Aktivitäten überhaupt „Leistung“ darstellen und wie diese gemessen werden soll (Hark/Hofbauer 2017). Diese Verhandlungen sind durchsetzt von Machtprozessen; ein Umstand, der aber leicht vergessen wird, weil unter bestimmten Machtverhältnissen eine Zustimmung über die Kategorienbildung hergestellt wurde und Zahlen oder Indikatoren damit „Faktizität“ erlangten (Heintz 2007: 77).

Diese Faktizität trübt fortan das Bild. Leistungskennziffern etwa verbergen nicht nur die Machtverhältnisse, unter denen sie ausverhandelt wurden, sondern auch die Machtverhältnisse, unter denen die Leistungen erbracht werden. Als Leistung zählt nur, was gezählt werden kann. Nicht Gezähltes scheint in der Leistungsbilanz nicht auf – weder in der institutionellen noch in der individuellen Bilanz. Letztere entsteht aus Voraussetzungen und Kontextbedingungen für wissenschaftliche Performance, wie Startvoraussetzungen, Förderbeziehungen, Gelegenheitsstrukturen, Netzwerke und Anerkennungschancen. Hierbei kommen sowohl Ungleichheiten aufgrund von ethnisch-nationaler Herkunft, Migrationshintergrund und rassifizierender Zuschreibung zum Tragen, als auch Ungleichheiten der sozialer Herkunft und Klassenzugehörigkeit, der Nicht-/Be-

hinderung, des Geschlechts und der sexuellen Orientierung (u.a. Gutiérrez Rodríguez et al. 2016; Möller 2018; Rogge 2013).

Daneben existieren Mechanismen, die ungleiche Anerkennungschancen für das Wissen und die Forschung selbst schaffen. Kahlert (2018: 153ff) schildert ein anschauliches Beispiel hierfür. Die Architektur der Forschungsförderung in Deutschland begünstigt Projektkonstellationen, die in geistes-, kultur- und sozialwissenschaftlichen Fächern, aus denen wesentlich auch feministische Forschung hervorgeht, unüblich sind. Wer in Deutschland „exzellent“ sein will, müsste große Projektgruppen bilden oder interdisziplinäre Cluster-Projekte verfolgen. Feministische und Gender-Forschung wird vorwiegend von einzelnen Personen oder kleinen Teams durchgeführt. Zudem bereitet die Zusammenarbeit mit den besonders gut geförderten Natur- und Technikwissenschaften aufgrund abweichender Forschungsmethodologien grundsätzliche Probleme.

Trotz dieser bekannten Hindernisse beim Zugang zu hochbezahlter und prestigereicher Forschungsförderung, hinterfragt man die Daten der Forschungsevaluierung an unternehmerischen Universitäten in der Regel nicht.

Exzellenzpolitik: Anreiz für Mainstream-Förderung?

Unternehmerische Universitäten betreiben Exzellenzpolitik durch indirekte Steuerung, die auf das Prinzip von Transparenz und Anreiz setzt. Bibliometrische Darstellungen erfüllen beide Zwecke, wenn man die Sache aus der Sicht der einzelnen Wissenschaftler*innen betrachtet. Zahlen und Listen ermöglichen nicht nur den permanenten Vergleich der eigenen mit den Leistungen der anderen, sondern halten dazu an, diesen Vergleich ständig zu suchen und daraus den Ehrgeiz zu schöpfen, besser abschneiden zu wollen als relevante Mitbewerber*innen. Die vergleichende Darstellung von Leistungsdaten schürt also die Konkurrenz zwischen den Wissenschaftler*innen und vermittelt den Anreiz, sich strategisch zu verhalten (Osterloh/Frey 2011: 68).

„Measures easily become aspirations“ (Espeland et al. 2008: 416), das zeigt sich auch in unserer eigenen Forschung. Wir haben untersucht, welche Strategien Nachwuchskräfte auf Post-doc-Stellen an unternehmerischen Universitäten entwickeln (Hofbauer/Kreissl 2022; Kreissl 2019; Kreissl et al. 2018). Unsere Interviewpartner*innen schildern Erfahrungen mit universitärer Bürokratie, die sie als komplexes und undurchsichtiges System empfinden, als einen verwirrenden Ort mit intransparenten Regeln, denen sie mit geschickten Manövern und kleinen Machenschaften beizukommen versuchen. Dafür lernen sie, wie das System funktioniert, wie Regeln angewendet und für eigene Zwecke genutzt und zurechtgebogen werden können. Trotz – oder gerade wegen – dieser Widrigkeiten im unmittelbaren Arbeitsumfeld, entwickeln sie das professionelle Selbstverständnis eines „unternehmerischen Selbst“. Sie präsentieren sich proaktiv, mit strategischem Bewusstsein und einem ausgeprägten Sinn für Selbstvermarktung. Ihr ganzes Engagement gilt der Akkumulation der Karrierekapitalien. Welche Fähigkeiten oder Aktivitäten ein solches Kapital bilden, verraten die Leistungsindikatoren.

Nachwuchskräfte glauben zwar an eine selbstbestimmte Wahl von Forschungs- und Publikationsthemen, tatsächlich geraten sie aber gedanklich und emotional stark in den Sog des Wissenschaftsspiels, hochmotiviert für den Wettbewerb um Ideen und Publikationen. Folgerichtig lautet ihr Bestreben, die eigene Performance zu optimieren.

Eine wesentliche Rolle spielen dabei wohl die Zwänge des akademischen Arbeitsmarkts. Nur im Gastgewerbe sei die Zahl der temporär und prekär Beschäftigten höher als in der Wissenschaft, merkt Rosalind Gill zur Arbeitsmarktlage in den USA, Kanada oder Australien an (Gill 2018: 355). Die Situation in Deutschland und Österreich ist ähnlich kritisch zu beurteilen, wie wir in einem anderen Zusammenhang ausführten: „In Deutschland sind rund 90 Prozent aller in der Wissenschaft tätigen Personen unter 45 befristet beschäftigt, in Österreich finden sich rund 80 Prozent des wissenschaftlichen Personals in einem befristeten Beschäftigungsverhältnis. An der Universität Wien, der größten Hochschule in Österreich, sind rund 85 Prozent des wissenschaftlichen Personals befristet beschäftigt, davon rund ein Drittel als Lehrbeauftragte, die in manchen Fächern bis zu 60 Prozent der Lehre bestreiten und in der Regel von Semester zu Semester neu um Beschäftigung ansuchen müssen.“ (Hark/Hofbauer 2023: 23) In derart risikobehafteten Beschäftigungssituationen können sich Nachwuchskräfte kaum leisten, den Markt zu ignorieren. Dass sie sich mit den Verhältnissen arrangieren und erzwungene Kompromisse aus professionellem Ethos und Spielen nach den Regeln der unternehmerischen Universität eingehen, verwundert daher nicht. Nachwuchskräfte entwickeln eine Art zynische Distanz zur Wissenschaftsarbeit und ihren Erfolgskriterien (Hofbauer/Kreissl 2022). Wir sehen diese Haltung als Ergebnis wissenschaftsfremder Einflüsse, nämlich der exzellenzpolitisch motivierten Intensivierung von Konkurrenz um Anerkennung und existenzsichernde Stellen im Feld. Wenn die Meidung riskanter, weniger publikationsträchtiger, weniger Drittmittel-verheißender Forschung eine Folge dieser Entwicklung ist, dann sehen wir hierin auch eine Gefahr für die innovative, kritische und damit auch für die feministische Forschung.

Die prekäre Lage der wissenschaftlichen Nachwuchskräfte erhält heute zunehmend Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit³. Bezogen auf den Performance-Druck geht es etablierten Wissenschaftler*innen aber nicht viel anders als dem Nachwuchs. Wissenschaftliche Anerkennung beruht wesentlich auf Publikationsleistungen. Metrisierung schafft eine Tendenz, der Menge von Publikationen einen hohen Wert bei der Beurteilung von Leistung einzuräumen. Wissenschaftler*innen bemühen sich daher um möglichst umfangreiche Publikationslisten (nach dem Prinzip *publish or perish*) und spalten dafür komplexe Forschung in Teilergebnisse auf (*least publishable units*). Damit einher gehen auch sich verändernde Zitations- und Rezeptionspraktiken, sodass sich Forschende beispielsweise beim Lesen von Texten auf einige wenige sogenannte Top Journals fokussieren oder aktuelle Texte überzitieren, was ebenfalls zu einer Engführung wissenschaftlicher Forschungsansätze und -methoden führen kann. Für die Maximierung von Output spielen ferner die Themenwahl und die Orientierung an gängigen Fragestellungen, Theorien und Methoden eine Rolle. Das liegt nicht zuletzt an den Eigenheiten von Peer Reviewing. Es erzieht Wissenschaftler*innen dazu, Urteile von Reviewers vorwegzunehmen und die Themenwahl oder Ergebnisdarstellung an deren Erwartungen zu orientieren, um die Publikationswahrscheinlichkeit zu erhöhen. Dieses Verhalten ist Osterloh und Frey (2011) zufolge auch im Lichte von *gate keeping* im Rahmen von Review-Prozessen zu sehen: „Konventionelle oder modische Ansätze werden vorgezogen, weil sie wenig Widerspruch hervorrufen und leichter zu veröffentlichen sind. Dies führt zu einer Homogenisierung der gesamten Forschung, wie dies bereits für *Business Schools* und die Volkswirtschaftslehre nachgewiesen wurde.“ (68) Als aufschlussreich erweist sich auch ein Blick auf den wissenschaftlichen Zeitschriftenmarkt, der überwiegend

privatwirtschaftlich strukturiert und in den letzten Jahrzehnten einer zunehmenden Kontrolle durch einige wenige Großverlage unterworfen ist, während kleinere Verlage, und damit auch Publikationsgelegenheiten abseits des Mainstreams verschwinden (Dobusch/Heimstädt 2021).

Universitäten können solche Anpassungsmechanismen noch weiter fördern, wenn sie monetäre Anreize setzen. Leistungsabhängige Gehaltsbestandteile oder Prämienzahlungen verdrängen intrinsische Motivation. Wird nämlich das monetäre Interesse von Forscher*innen gestärkt, dann sollte damit gerechnet werden, so noch einmal Osterloh und Frey, „dass ökonomisch denkende Forscher (sic) ihr Einkommen mit jenen Mitteln aufzubessern suchen, die am wenigsten Aufwand erfordern, also gerade nicht durch Investition in innovative Forschung. Der Anreiz nimmt zu, das System der Erfolgzuschreibung für sich zu instrumentalisieren. Dadurch entsteht ein Lock-in-Effekt, der es auch Kritikern dieses Systems immer schwerer macht, sich ihm zu entziehen.“ (Osterloh/Frey 2011: 71) In diesem Zusammenhang ist die wachsende Drittmittelorientierung von Universitäten zu nennen. Der steigende Druck zur Einwerbung kompetitiver Projektmittel bedrohe die Wissenschaftsfreiheit, kritisiert Uwe Schimank (zit. nach Wagner 2022). Drittmittelanträge binden sehr viel Arbeitszeit und Forschungsenergie, zugleich verleiten hohe Bewilligungsrisiken Wissenschaftler*innen dazu, Kompromisse einzugehen. Im Ergebnis hat mittelmäßiger Mainstream mehr Aussicht auf Erfolg, das heißt Forschung mit Aussicht auf inkrementelle Erkenntnisfortschritte, anstelle von Erkundungen intellektuellen Neulands, die aber das Potenzial haben, wissenschaftliche Durchbrüche zu erzielen. Insgesamt scheinen sich damit die Freiräume für riskante und kritische Forschung zu verkleinern, während marktfähige, verwertbare Wissensproduktion begünstigt wird (Hofbauer/Kreissl 2022: 92).

Auswirkungen auf alternative/feministische Forschung

Heute gerät feministische Forschung wieder vermehrt unter Rechtfertigungsdruck, obwohl Gender-Expertise angesichts drängender sozialer Missstände (Stichwort Gender Pay Gap, Frauenarmut oder Sorgekrise) von grundlegender Bedeutung ist. Dieser Druck auf feministische und Geschlechterforschung ist unseres Erachtens unter anderem auf steuerungspolitische Eingriffe im Wissenschaftsfeld und auf den Umbau von Universitäten zu unternehmerischen und exzellenzpolitischen Institutionen zurückzuführen. In der Folge gewinnen wissenschaftsfremde Kriterien an Bedeutung für die Beurteilung und Anerkennung von Wissenschaft. Für den Wettbewerb auf dem Markt der Fachzeitschriften und Drittmittel scheinen kritische Fächer wie feministische Forschung und Gender Studies schlechter gerüstet als Mainstream-Disziplinen. Problematisch ist zudem, dass sich Wissenschaftler*innen heute an veränderten Erfolgskriterien orientieren müssen und angeleitet werden, Wissenschaft strategisch als ein Spiel zu betreiben, das man mit marktfähigen Einsätzen zu spielen hat. Auch diese Entwicklung lässt für kritische Forschung weniger Raum, beziehungsweise macht sie Wissenschaftskarrieren riskanter, die den Weg innovativer und kritischer Forschung einschlagen.

Zu dieser Problematik kommen wissenschaftsfeindliche Angriffe von Seiten der sogenannten „Anti-Gender-Bewegungen“. Der Anti-Gender-Diskurs stützt sich auf die

Behauptung einer unumstößlichen Wahrheit von natürlichem Geschlecht. Nur so kann er darauf beharren, dass andere Lebensweisen oder -realitäten falsch, illegitim und gefährlich sind (Rothermel 2023: 185). Dieser Diskurs wendet sich in wissenschaftsfeindlicher Absicht gegen feministische Forschung, die auf der Vorstellung eines konstruierten Geschlechts beruht. Ein zweiter Angriff resultiert aus einer Abwehrreaktion der Universitäten gegenüber wissenschaftsfeindlichen Aktivitäten und Äußerungen aus der Gesellschaft. Sind Universitäten nämlich mit Post-Truth-Tendenzen konfrontierten, reagieren sie mit einem Ruf nach Rückbesinnen auf „Fakten“ und das „Faktenwissen“ (Rothermel 2023). Feministische Forschung und Gender Studies positionieren sich jedoch gerade nicht als Vertreterinnen von unumstößlichen, objektiven Wahrheiten. Eine Hauptaufgabe des akademischen Feminismus bestehe vielmehr darin, „zu zeigen, dass Wissenssysteme, die angeblich natürliche und unumstößliche Wahrheiten („Fakten“) propagieren, häufig auf ausgrenzenden und unterdrückenden Machtstrukturen basieren, denen sie wiederum Legitimität verschaffen“ (Rothermel 2023: 175).

Fazit

Zusammenfassend halten wir fest: Wissenschaftsfeindliche Angriffe aus der Gesellschaft lassen latente, im wissenschaftlichen Alltag eher verborgene Konflikte darüber, was „richtige Wissenschaft“ sei, virulent werden. Die unternehmerische Universität betreibt zwar keine direkte Ausgrenzung von kritischer Forschung abseits des Mainstreams, lässt sie aber als Folge der nicht-reflektierten Weichenstellungen von Exzellenzpolitik geschehen. Wird der „Fakten“-produzierende Mainstream auch durch Reaktionen von Universitäten auf Post-Truth-Angriffe gestärkt? Zumindest scheint klar, dass kritisch-reflexive Disziplinen damit erneut in die Defensive geraten. Sie müssen sich nicht nur für ihre methodologischen Standpunkte rechtfertigen, sondern stehen etwa auch unter Verdacht, die Universität in eine politisch-ideologische Auseinandersetzung mit der Öffentlichkeit zu führen, die der Institution „Universität“ schadet (siehe die Kontroverse um „Wissenschaftsfreiheit“ und gegen „linke Cancel Culture“: Daub 2022).

Daraus leiten wir eine zweite Schlussfolgerung ab: Der populistischen Wissenschaftsfeindlichkeit rechter und konservativer Politik kann man nicht mit besserer Wissenschaftskommunikation allein begegnen, wie das gelegentlich gefordert wird. Wissenschaftsfeindlichkeit verursacht nicht nur kleine Risse auf der ansonsten glatten Oberfläche der modernen, aufgeklärten Gesellschaft und liberalen Demokratie. Es können tiefe Gräben und Brüche entstehen, wenn man diesen rechtskonservativen Diskursverschiebungen nicht entschlossen entgegentritt. An dieser Stelle hat die Universität eine große Verantwortung. Als zentrale Institution der Wissensgesellschaft muss sie jedoch in der Lage sein, eine offene Auseinandersetzung über Ideen zu fördern und damit zu ermöglichen, dass Grenzen innerhalb der Wissenschaft nicht gegenüber kritischen, alternativen wissenschaftlichen Perspektiven gezogen werden. Denn gerade jene Perspektiven können den rechtskonservativen Diskursverschiebungen entgegentreten. Statt also die Ausgrenzung von Gender-Expertise geschehen zu lassen, müsste eine Universität, die sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst ist, Rahmenbedingungen schaffen, damit Gender-Expertise in den Mainstream integriert wird. An die Adresse des Mainstreams gerichtet, fordert Ann-Kathrin Rothermel daher, wissenschaftliche Debat-

ten über feministische Inhalte in allen Disziplinen zu führen, „um die Unwissenschaftlichkeit und Gewalt, die von Anti-Gender Diskursen ausgeht, sowie ihre Anknüpfungsfähigkeit an sowohl im Mainstream begründete konservative patriarchale Systeme in Gesellschaft und Wissenschaft, sowie rechtsextremistische und rechtspopulistische Allianzen aufzudecken und zu unterbinden“ (Rothermel 2023: 177).

Anmerkungen

- 1 Mit der Warnung vor dem „Gender-Wahn“ bzw. „Gender-Wahnsinn“ sind FPÖ-Mitglieder, -Parteivorsitzender und -Parteiorgane in den letzten Jahren wiederholt in Medien und Öffentlichkeit aufgetreten.
- 2 Organisationstheoretisch erklärt man das als Problem der „losen Kopplung“ im Sinne von Karl E. Weick. Bezogen auf Universitäten siehe Hüther (2010: 127ff.).
- 3 Siehe auch die bedeutenden Aktivitäten im Rahmen von #nuwiss.at und #IGLektorInnen (Österreich) oder #IchbinHanna (Deutschland).

Literatur

- Daub, Adrian (2022): *Cancel Culture Transfer: wie eine moralische Panik die Welt erfasst*. Erste Auflage, Originalausgabe. Edition Suhrkamp/Berlin: Suhrkamp.
- Dobusch, Leonhard/Heimstädt, Maximilian (2021): Strukturwandel der wissenschaftlichen Öffentlichkeit. Konstitution und Konsequenzen des Open-Access-Pfades. In: *Leviathan Sonderband 37 „Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit?“* 425–453.
- Espeland, Wendy/Nelson, Stevens/Mitchell, L. (2008): A sociology of quantification. In: *European Journal of Sociology/Archives Européennes de Sociologie* 49, 401–436.
- Gill, Rosalind (2018): Auditieren, quantifizieren, zerstören. Vom Leben in der neoliberalen Universität. In: Hark, Sabine/Hofbauer, Johanna (Hg.): *Vermessene Räume, gespannte Beziehungen. Unternehmerische Universitäten und Geschlechterdynamiken*. Berlin: Suhrkamp Verlag, 340–372.
- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación/Ha, Kien Nghi/Hutta, Jan S./Kessé, Emily Ngubia/Laufenberg, Mike/Schmitt, Lars (2016): Rassismus, Klassenverhältnisse und Geschlecht an deutschen Hochschulen. Ein runder Tisch, der aneckt. In: *suburban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 4(2/3), 161–190. <https://doi.org/10.36900/suburban.v4i2/3.262>
- Hark, Sabine/Hofbauer, Johanna (2023): *Die ungleiche Universität. Diversität, Exzellenz und Anti-Diskriminierung*. Wien: Passagen Verlag.
- Hark, Sabine/Hofbauer, Johanna (Hg.) (2018): *Vermessene Räume, gespannte Beziehungen. Unternehmerische Universitäten und Geschlechterdynamiken*. Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft/Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Hark, Sabine/Hofbauer, Johanna (2017): Lotta continua. Quantifizierte Steuerung und metrisierte Leistungsbeurteilung – neue Anlässe für einen alten Dauerkampf in Wissenschaft und Hochschule. In: Bargetz, Brigitte/Kreisky, Eva/Ludwig, Gundula (Hg.): *Dauerkämpfe. Feministische Zeitdiagnosen und Strategien*. Frankfurt / New York: Campus Verlag, 163–174.
- Heintz, Bettina (2007): Zahlen, Wissen, Objektivität. Wissenschaftssoziologische Perspektiven. In: Mennicken, Andrea/Vollmer, Hendrick (Hg.): *Zahlenwerk, Kalkulation, Organisation und Gesellschaft*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 65–85.
- Hofbauer, Johanna/Kreissl, Katharina (2022): Dem Denken Raum geben. Voraussetzungen für gesellschaftlich verantwortliche Wissenschaftsarbeit an Universitäten. In: Fitsch, Hanna/Greusing, Inka/Kerner, Ina/Meißner, Hanna/Oloff, Aline (Hg.): *Der Welt eine neue Wirklichkeit geben. Feministische und queertheoretische Interventionen*. Bielefeld: Transcript Verlag, 85–96.
- Hofbauer, Johanna/Wroblewski, Angela (2015): *Equality Challenges in Higher Education. Inhaltliche Dokumentation und Schlussfolgerungen aus der „8th European Conference on Gender Equality in Higher Education“*. Wien.

- Hüther, Otto (2010): Von der Kollegialität zur Hierarchie? Eine Analyse des New Managerialism in den Landeshochschulgesetzen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kahlert, Heike (2018): Exzellente Wissenschaft? Das strukturelle Scheitern von Koordinierter Frauen- und Geschlechterforschung im Wettbewerb. In: Hark, Sabine/Hofbauer, Johanna (Hg.): Vermessene Räume, gespannte Beziehungen. Unternehmerische Universitäten und Geschlechterdynamiken. Berlin: Suhrkamp Verlag, 128–156.
- Kahlweit, Cathrin (2023): Sp*innen die? In: Süddeutsche Zeitung.
- Kreissl, Katharina (2019): Wissenschaftlicher Nachwuchs zwischen Vermessung und Entgrenzung: Subjektivierung und Geschlecht in der reformierten Universität. Dissertation, Wien: Universität Wien
- Kreissl, Katharina/Hofbauer, Johanna/Sauer, Birgit/Striedinger, Angelika (2018): Subjektivierungen in vermessenen Räumen. Wissenschaftsnachwuchs zwischen Fremd- und Selbstführung. In: Hark, Sabine/Hofbauer, Johanna (Hg.): Vermessene Räume, gespannte Beziehungen. Unternehmerische Universität und Geschlechterdynamiken. Berlin: Suhrkamp Verlag, 188–213.
- Kreissl, Katharina/Striedinger, Angelika/Sauer, Birgit/Hofbauer, Johanna (2013): Gleichstellung in der unternehmerischen Hochschule? Diskursive Verschiebungen in der hochschulpolitischen Landschaft Österreichs. In: Binner, Kristina/Kubicek, Bettina/Rozwandowicz, Anja/Weber, Lena (Hg.): Die unternehmerische Hochschule aus der Perspektive der Geschlechterforschung. Zwischen Aufbruch und Beharrung, Forum Frauen- und Geschlechterforschung. Münster: Westfälisches Dampfboot, 20–30.
- Messner, Martin/Scheytt, Tobias/Becker, Albrecht (2007): Messen und Managen: Controlling und die (Un-)Berechenbarkeit des Managements. In: Mennicken, Andrea/Vollmer, Hendrik (Hg.): Zahlenwerk. Kalkulation, Organisation und Gesellschaft. Wiesbaden, 87–104.
- Möller, Christina (2018): Prekäre Wissenschaftskarrieren und die Illusion der Chancengleichheit. In: Laufenberg, Mike/Erlemann, Martina/Norkus, Maria/Petschick, Grit (Hg.): Prekäre Gleichstellung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 257–278.
- Osterloh, Margit/Frey, Bruno S. (2011): Das Peer-Review-System auf dem ökonomischen Prüfstand. In: Kaube, Jürgen (Hg.): Die Illusion der Exzellenz. Lebenslügen der Wissenschaftspolitik. Berlin: Wagenbach, 65–74.
- Rogge, Jan-Christoph (2013): Wissenschaft als Karrierejob. In: Funken, Christiane/Hörlin, Sinje/Rogge, Jan-Christoph (Hg.): Generation 35plus. Aufstieg oder Ausstieg? Hochqualifizierte und Führungskräfte in Wirtschaft und Wissenschaft. Berlin, 30–58.
- Rothermel, Ann-Kathrin (2023): „Fake Science“ – Wissenschaft und Universität in transnationalen Anti-Gender-Diskursen. In: Hackmann, Nina/Shirchinbal, Dulguun/Wolff, Christina (Hg.): Geschlechter in Un-Ordnung. Zur Irritation von Zweigeschlechtlichkeit im Wissenschaftsdiskurs. Opladen, Berlin & Toronto: Barbara Budrich, 165–180.
- Taschwer, Klaus (2021): Österreichs fatale Wissenschaftsskepsis. In: DER STANDARD.
- Wagner, Gerald (2022): Weniger Wettbewerb wagen. <https://zeitung.faz.net/faz/geisteswissenschaften/2022-11-02/3f5fbbe04116a94b26fb36903172cbb4/?GEPIC=s3, 15.11.2022>.